Politische Revue

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

erste Gruppe, neun Kinder und vier Elternpaare, eingeladen. Unter den Vätern ist auch der Präsident der Bürgerinitiative "Kinder von Tschernobyl" in Kiew. Mit Sergej Kowalenko wollen wir zukünftige Aktionen gemeinsam planen. Die schrecklichen Folgen der Atomkratastophe werden so schnell nicht aufhören. (In Hiroshima war die zahlenmässige Spitze schwerer Krebsfälle zwölf Jahre nach der Atombombe.)

Die Organisation "Kinder von Tschernobyl" in Kiew wurde von den Leuten aus Pripjat gegründet als Hilferuf an die - auch westliche - Welt. Die ukrainische Regierung ist sich der Katastrophe bewusst. Die Schulen z.B. werden diesen Sommer vier Monate geschlossen, damit möglichst viele Kinder sich in nicht radioaktiv verseuchten Gegenden erholen können. Das ukrainische Parlament hat die ganze Ukraine zum ökologischen Katastrophengebiet erklärt und die Stillegung der Atomkraftwerke in Tschernobyl beschlossen ("NZZ", 3. August 1990).

Damit bin ich beim anderseits. Nach allem, was wir über die Katastrophe von Tschernobyl wissen, müssen wir alle Phantasie und Kräfte einsetzen, um die Abstimmung über den Ausstieg aus der Atomwirtschaft am 23. September zu gewinnen.

Ich empfehle als überzeugendes Werbemittel die Postkarte mit der Tschernobyl-Kuh von Maria Prymatschenko. Der Verkaufserlös dient zur Finanzierung der Aktion "Kinder von Tschernobyl" und soll direkt mit entsprechendem Vermerk auf PC 80-188-1 SAH Zürich einbezahlt werden. Die Karten, Einzelpreis Fr. 5.–, 10 Stück Fr. 20.—, sind auf dem Sekretariat der SPS erhältlich.

Villigers freimütige Art

rz. "Wir haben wahrscheinlich Abteilungen, die hätten noch zehn Jahre weitergebaut, wenn die Armee abgeschafft worden wäre, ohne es zu merken", brachte ein ernüchterter und ebenso erfrischend-freimütiger EMD-Vorsteher Kaspar Villiger die Situation rund um den militärischen Sumpfbau von Bilten auf den Punkt. Leider hat er danach gleich beigefügt, er habe jetzt sicher etwas Dummes gesagt, das besser nicht ins Protokoll gehöre. Uns scheint hingegen, dass nicht nur im glarnerischen Bilten die angedeutete EMD-Eigendynamik gilt, sondern auch bei weit bedeutenderen Vorhaben. Die Generäle haben beispielweise bereits klar gemacht, dass sie gewillt sind, das Kampfflugzeug F/A-18 durchzuboxen, neue sicherheitspolitische Konzepte hin oder her. Villiger hat ihnen - freimütig auch hier - kurz vor der Sommerpause mit der wiederentdeckten Mirage 2000 eine goldene Brücke aus dem Hut gezaubert. Für uns ist das nur Spiegelfechterei. Die Schweiz muss ihre Armee effektiv abspecken. Das braucht mehr als ein paar lockere Sprüche aus dem Mund des EMD-Vorstehers.

Geheimer Absetzvertrag für die Wirtschaft

rz. Wenig Vertrauen der Schweizer Wirtschaft in die real existierende Sicherheitspolitik: Eine Interpellation von Nationalrat Martin Bundi (SP, GR) enthüllt, dass offenbar seit 1985 ein geheimer Vertrag mit Kanada erlaubt, dass sich im Kriegs- oder Krisenfall Schweizer Unternehmen dorthin absetzen dürften. Der Gemeinsinn und Patriotismus ausgerechnet jener Kreise, deren politische Exponenten im Parlament gerade jetzt zur Unzeit das Volk und die Sozialdemokratie zur militärpolitischen Disziplin und Pflicht rufen wollen, scheint sich ausgesprochen in Grenzen zu halten. Fehlt nur noch, dass auch Adressen aus der Elektrowirtschaft, die uns mit ihrer "... ist-das-ganze-Leben"-Propaganda weitere gefährliche Atomkraftwerke aufhalsen wollen, ebenfalls verduften wollen, während wir ihrer "zivilen Katastrophe" ausgesetzt wären. Es wird langsam Zeit, dass die Mächtigen in diesem Land mit ihrer unehrlichen, aber finanzstarken Propaganda und Ideologie zur Räson gerufen werden.

Gesundschrumpfen

rz. Mediengerecht zur Sauregurkenzeit wollte auch die SVP ihren Beitrag zur Parlamentsreform in die Öffentlichkeit tragen: Nationalrat Albrecht Rychen, Präsident der Berner SVP, möchte den Nationalrat auf 150 Mandate gesundschrumpfen. Weniger sei mehr. Die Presse druck-

te das Gedänklein, mangels anderer Schlagzeilen, sofort bereitwillig. Der politische Widerhall blieb aber aus. Das ist auch besser. Gesundschrumpfen tönt zwar immer gut; hier müssten aber ausgerechnet jene schrumpfen, die heute schon politisch untervertreten sind: linke, kritische und kleine Parteien. Wachsen würden die grossen bürgerlichen Parteien, weil weniger Mandate die heute schon ungleichen Prozenthürden in den Wahlkreisen erhöhten. Und die kleinsten konservativ-bürgerlich dominierten Kantone würden relativ noch stärker als heute. Ständerätliche Ungleichgewichte auch im Nationalrat? Rychens Vorschlag reformiert nichts, vielmehr stabilisiert er vorhandene rechtslastige Übergewichte und damit das politische Malaise in der Schweiz.

Jetzt Tempo mit Kantonsfichen?

Ein erster Entscheid im Streit, ob nun der Bund oder die Kantone für die bei kantonalen Stellen lagernden Staatsschutzfichen zuständig seien, ist veröffentlicht: Die Datenschutzkommission des Kantons Wallis hat die Beschwerde von SPS-Präsident Peter Bodenmann gutgeheissen und die fraglichen Fichen als kantonale Akten erklärt. Das widerspricht der Praxis des Bundes und seines Fichendelegierten und bedeutet, dass die Kantone beziehungsweise Städte ihre Dossiers nach eigenen, oft liberaleren Beschlüssen zur Einsicht freigeben können. Etwas mehr Tempo in der leidigen Geschichte ist so oder so dringend nötig. Beim Fichendelegierten des Bundes, Walter Gut, scheint man sich jedenfalls für längere Zeiträume einzurichten. Nach seiner Pressekonferenz vom 7. August können wir davon ausgehen, dass sein Fichenversand noch mindestens bis Ende 1992 dauern werde ...

Atomfrauen

ee/rs. Sie wollen keine Atomfrauen sein, sie verhalten sich nur so: Der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (NSF) lud seine Mitglieder mit Blick auf die Abstimmung vom 23. September auf den 24. August zu einem Besuch der Forschungsreaktors "Saphir" in Würenlingen ein. Um nicht ganz einseitig informiert zu bleiben, dürften die teilnehmenden Frauen nach ausgiebiger Atomführung und gutem Mittagessen neben einem Referat der freisinnigen Nationalrätin Vreni Spoerry, als Atombefürworterin", noch die freisinnige Atomskeptikerin Anne Petitpierre als Alibi anhören. Die SP-Frauen des Kantons Freiburg fanden jedenfalls die ganze Reise nicht besonders neutral und beschwerten sich mit einem offenen Brief bei den Organisatorinnen der Propagandareise. Sie verlangen darin vom BFS, er müsse neutral und objektiv informieren und regen an, beispielsweise ein alternatives Solarenergieprojekt zu besuchen.

Chinesischer Militarismus

rz. Am 4. Juni 1989 hat die SP Schweiz als erste Schweizer Partei und deutlich vor der Landesregierung unmissverständlich protestiert, als die kommunistischen Machthaber Chinas mit Panzern ihrer Armee die demonstrierenden Studenten in Peking brutal niederwalzten. Die Empörung aller Demokratinnen und Demokraten der Welt war gross. Ebenso gross blieb unsere Ohnmacht. Heute, ein Jahr danach, herrscht in China nicht nur Totenstille. Das Regime diszipliniert seine Studenten gemäss jüngsten Zeitungsberichten auch noch mit militärischem Drill, bevor sie in die Hörsäle der Universitäten dürfen. Das Militärtraining stärke den "Glauben in den Sozialismus", sagen die Drillmeister. Wir sagen: Sozialismus ist das nicht, ohne jede Demokratie; in China herrscht offensichtlich vielmehr ein menschenverachtender Militarismus.